

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Teletax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Im Gewand des Biedermanns sieht **Manfred Opel MdB** den perspektivlosen Bundeskanzler Helmut Kohl.

Seite 1

Einen Bonner Beitrag zur Lösung der weltweiten Sozialkrise fordert **Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB**.

Seite 4

Dokumentation

Den Empfängern von Sozialhilfe Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, fordert der Familienpolitiker **Michael Habermann MdB** in einem Offenen Brief an Hannelore Rönsch.

Seite 5

49. Jahrgang / 165

29. August 1994

Im Gewand des Biedermanns

Kohl versucht durch Gesten der Selbstgefälligkeit seine Perspektivlosigkeit zu überdecken

Von **Manfred Opel MdB**

Mitglied des Verteidigungs-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Deutschland steht im schwierigsten Wahlkampf seit 1972.

Damals ging es um die Überwindung der äußeren Spaltung Deutschlands und Europas. Das richtige Rezept dagegen hieß Entspannungspolitik.

Heute geht es um die Überwindung der inneren Spaltung unseres Landes. Das wird nur mit einer konsequenten Politik der sozialen Gerechtigkeit möglich sein. Dazu gibt es keine Alternative.

Helmut Kohl bietet sich jetzt zwar als der unschuldige Retter an. Doch er ist der Verantwortliche für die soziale Spaltung unseres Landes, für Hoffnungslosigkeit, Ungerechtigkeit und Ausgrenzung.

Helmut Kohl weiß, daß seine politische Bilanz im Keller ist. Er weiß auch, daß er keinerlei Rezept zur Verbesserung der Situation hat.

Deshalb versucht er gar nicht erst, daran etwas zu ändern. Seine Taktik ist ganz anders.

Er schlüpf in das Gewand des Biedermannes. Er taktiert, statt politische Inhalte anzubieten:

1. Taktik des Helmut Kohl: Er verdreht die Wirklichkeit

Durch Dauerglinsen und eine üppig zur Schau gestellte Selbstgefälligkeit wird Optimismus inszeniert.

Das erinnert an die letzten großen Paraden zur Oktoberrevolution auf dem Roten Platz in Moskau. Dort stand die ganze sowjetische Nomenklatura auf dem Lenin-Mausoleum. Die Aufmärsche waren furchterregend. Die Reden strotzten vor Selbstbewußtsein. Und doch zerfiel der Koloss, der da gefeiert wurde, schon nach kurzer Zeit zu Staub.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 18 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Umweltfreundliche
Produktion
aus 100% Recycling-Papier



2. Taktik des Helmut Kohl: Vom eigenen Versagen wird abgelenkt

Ständig werden Erfolgsmeldungen produziert, die sich bei genauerem Hinsehen als Seifenblasen entpuppen.

So wurde im Juli 94 behauptet, die Arbeitslosigkeit hätte abgenommen. Die Medien plapperten diese Meldung unkritisch nach. Richtig daran war, daß gegenüber dem Vormonat in Westdeutschland etwa 10.000 Arbeitslose weniger registriert wurden. Doch gegenüber dem Vorjahr, was der richtige Vergleich gewesen wäre, waren es in Gesamtdeutschland 100.000 Arbeitslose mehr!

Zusätzlich produziert die Unions-Propaganda-Maschine unentwegt **Bluff-Meldungen**.

Hier einige Beispiele:

- Kohl will ein ziviles **Hilfs-Korps**.
Diesen Vorschlag hat die Union 2 Monate vorher, als er von der SPD in den Bundestag eingebracht wurde, rundweg abgelehnt.
- **Geißler will 300 DM Kindergeld**.
Am gleichen Tag sagt der Finanzstaatssekretär Grünewald, schon die 250 DM Kindergeld für jedes Kind, die die SPD seit Jahren fordert, seien nicht finanzierbar.
- 2 Monate vor der Wahl will Waigel plötzlich den **Kinderfreibetrag** schrittweise von derzeit 4.104 DM auf über 7.000 DM anheben; ohne Deckungsvorschlag. Den weit überwiegenden Vorteil haben wieder die Besserverdienenden.
- Blüm möchte plötzlich Ausbildungsleistungen der Arbeitsämter-Ost nicht mehr von der **Arbeitslosenversicherung** zahlen lassen, sondern durch Steuern finanzieren. Über Jahre hinweg hatte er im Bundestag gegen diese SPD-Forderung gewettert.
- Ein Herr Rexrodt, der als Wirtschaftsminister bezahlt wird, sichtet seit über zwei Jahren **ständig den Aufschwung**.
Doch Tatsache ist, daß die realen Einkommen der Arbeitnehmer in diesem Jahr um mindestens 2 Prozent sinken werden und im nächsten Jahr, wenn Kohl nicht abgelöst wird, um weitere 3 Prozent abnehmen werden. Damit sinkt die **Massenkaufkraft**. Die Nachfrage im Inland geht zurück. Die Kohl-Riege würgt damit **systematisch unsere Wirtschaft ab**.

Die Automobil-Industrie, bisher immer Vorreiter jedes Wirtschaftsaufschwungs, meldet schwere Einbrüche bei der Inlandsnachfrage. Im Juli 1994 wurden etwa 5 Prozent weniger Neuwagen zugelassen als im Vorjahr, das seinerseits ein sehr schlechtes "Auto-Jahr" war.

Es ist die offensichtlichste Irreführung, wenn Kohl jetzt von einem Aufschwung spricht, den es so generell überhaupt nicht gibt.

3. Taktik des Helmut Kohl: Der SPD werden "vergiftete Themen" als Nebenkriegsschauplatz aufgezwungen.

Da ist vor allem das PDS-Thema.

Die CDU hat die Wahlen in Sachsen-Anhalt mit Pauken und Trompeten verloren. Kein Wunder, denn die Skandale der Blockparteien-Nachfolgeorganisationen Ost-CDU und Ost-FDP stanken zum Himmel.

Da wollte Herr Kohl, daß die SPD den Steigbügelhalter für die abgehalfterten Repräsentanten der CDU in Sachsen-Anhalt spielt.

Doch Reinhard Höppner war mutig genug, sich im dritten Wahlgang mit relativer Mehrheit wählen zu lassen.

Obgleich es keinerlei Kooperation der Sozialdemokraten mit der SED-Nachfolgepartei gibt, hat man in der veröffentlichten Meinung so getan, als gäbe es in Magdeburg eine Regierung von Gysi's Gnaden.

Helmut Kohl tritt dagegen weiterhin ungeniert mit ausgewiesenen Kommunisten - z.B. mit seinen 'Freunden' in den ehemaligen Ostblockländern und mit chinesischen Polit-Verbrechern - auf.

4. Taktik des Helmut Kohl:

Sicherung der Mediendominanz

Das System der **Günstlingswirtschaft** hat Kohl perfekt ausgebaut. Das muß man ihm lassen. Das gilt insbesondere für die Medien.

Er nutzt diese faktische Medienmacht rigoros wie ein absolutistischer Herrscher, nur geschickter!

Er braucht dazu weder Zensur noch Gehorsam. Alleine die von ihm auf Egoismus getrimmte Gesellschaft im Verein mit seiner Herrschaft über das regierungsamtliche Informations-Privileg erlauben es ihm, Zuschauern, Lesern und Hörern bis zum Überdruß das zu verkaufen, was und wie er möchte.

So werden landauf landab des Kanzlers **bunte neue Kleider** gepriesen. Doch in Wirklichkeit steht er bloß da; und keiner traut sich, die Wahrheit unbefangen und offen zu sagen.

5. Taktik des Helmut Kohl:

Den Spaltpliz und die Mutlosigkeit in die SPD tragen

Kohl findet immer wieder Wichtigtuer in der SPD, die nur Schlagzeilen gewinnen wollen.

Schlimmer noch als unsolidarisches Verhalten ist die **Ansteckungsgefahr durch den Bazillus des Verzagens, der Mutlosigkeit und der Resignation.**

Kohl hat es so bei der letzten Bundestagswahl geschafft, daß selbst treue SPD-Anhänger nicht mehr an die eigene Sache glaubten. Viele ließen sich ins Bockshorn jagen.

Deshalb will Kohl auch diesmal die Wählerinnen und Wähler der SPD entmutigen und ihnen einreden, am Wahltag zu Hause zu bleiben. Ihnen versucht er einzuhämmern, die SPD könne ohnehin nicht gewinnen. Die CDU-Zentrale wird nicht müde, dubiose Umfragen zu lancieren.

Neh, wer zu Hause bleibt und nicht endlich antritt gegen den aufgeblasenen Goliath Helmut, unterstützt den rasenden Fortgang der inneren Spaltung Deutschlands.

Die Folgen wären unabsehbar.

6. Taktik des Helmut Kohl:

Ankündigung statt Aktion

Kohl läßt seine Leute ausschwärmen und reihenweise Ankündigungen "für die nächste Legislaturperiode" verbreiten.

Spitzenreiter der Ankündigungsminister ist Herr Töpfer, der wieder einmal etwas für den Nordseeschutz und gegen das Ozonloch zu tun verspricht. Bisher hat er nur seine gefährlichen Atomspielereien fanatisch verfolgt und fast nichts für den Umweltschutz getan.

Der Herr Rexrodt will den notleidenden Unternehmen 50 Milliarden DM im Jahr schenken.

Wenn man alle bisherigen Ankündigungen zusammennimmt, kosten sie über 90 Milliarden DM im Jahr.

Gleichzeitig verkündet der Schuldenminister Waigel, es gäbe keinen einzigen Pfennig weiterer Schulden.

Die Kohl-Riege scheut sich unterdessen nicht mehr, die größten Unwahrheiten als Wahlversprechen anzukündigen. So sicher ist man sich der Unterstützung durch die eigene Medienmacht.

Die Menschen sind auf diese Weise jeden Tag den Psychotricks der Wahlhelfer Kohls ausgesetzt.

Es ist kein Wunder, daß sie mutlos werden, wenn sie diese Tricks nicht durchschauen.

Jedem muß klar werden: Wir stehen tatsächlich am Scheideweg.

Wir müssen die taktischen Tricks des Helmut Goliath unwirksam machen.

Willy Brandt's Vision vom Zusammenwachsen muß endlich auch für die Herzen und Seelen der Menschen gelten.

(-/29. August 1994/rs/ks)

Zur Lösung der weltweiten Krise beitragen

Die Bundesregierung darf sich bei der Vorbereitung des Weltsozialgipfels nicht drücken

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Zu Beginn der zweiten Vorbereitungskonferenz für den Weltsozialgipfel im nächsten Jahr warnte UNO-Generalsekretär Boutros Boutros Ghali in New York angesichts wachsender Armut und Arbeitslosigkeit vor einer globalen sozialen Krise. Er rief die Teilnehmerstaaten dieser Konferenz - zu denen natürlich die Bundesrepublik gehört - auf, Arbeitsplätze zu schaffen, Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern und zwischen Menschen verschiedener Nationalität auszugleichen und die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen mindestens zu halbieren. Dabei appellierte er an die Regierungen, zuerst bei Militärausgaben zu kürzen statt bei Sozial- und Umweltausgaben. Mit diesen Äußerungen legte Boutros Ghali den Finger in eine offene Wunde. Gerade diejenigen Staaten und ihre Regierungen, die die wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Ressourcen haben, um an der Lösung dieser weltweiten sozialen Krise rechtzeitig zu arbeiten, wehren sich gegen die Behandlung sozialer Ansprüche, sei es im Weltsozialniveau, bei Verhandlungen über Weltmarktbedingungen oder bei der Frage des Aufbaus sozialer Sicherungssysteme.

Auch die Bundesregierung ist nicht bereit, sich um die Lösung sozialer Probleme der Welt zu bemühen. Die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen an den Vorbereitungen der Weltkonferenz wird abgewiegt. Der für soziale Entwicklung der armen Länder der Welt zuständige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung versteckt sich hinter seinem federführenden Kabinettskollegen, dem Minister für Arbeit und Sozialordnung. Dabei ist doch gerade Armutsbekämpfung das Thema, mit dem Spranger den Mund sonst bei jeder Gelegenheit so gerne voll nimmt.

Es ist jetzt endlich an der Zeit für die Bundesregierung, sich ernsthaft für Strategien zur Lösung der in Kopenhagen auf der Tagesordnung stehenden sozialen Probleme stark zu machen. In der Zeit der Europäischen Präsidentschaft sollte die Bundesregierung auch die anderen europäischen Mitgliedstaaten für ein solches Engagement gewinnen. Der UNO-Bericht zur menschlichen Entwicklung 1994 hat in sieben Punkten eine konkrete Agenda für den Sozialgipfel vorgeschlagen: unter anderem Verabschiedung einer Weltsozialcharta, ein neues Entwicklungsmodell, eine dreiprozentige jährliche Reduzierung der Militärausgaben und Einrichtung eines Sicherheitsfonds, ein Vertrag über menschliche Entwicklung (1995 bis 2005) mit finan-

zieller Beteiligung der Entwicklungs- und Geberländer (20 Prozent ihrer Haushalte), Einrichtung eines Wirtschaftssicherheitsrates. An diesen Vorschlägen werden wir das Handeln der christdemokratisch geführten Bundesregierung messen. Die SPD ist bereit, sich mit einer von ihr gestellten Regierung diesen Herausforderungen international zu stellen, gerade weil die Armut, die Arbeitslosigkeit und die sozialen Probleme in unserem Land seit 1982 zugenommen haben.

(-/29. August 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION

Ein offener Brief an Hannelore Rönsch

Der SPD-Familienpolitiker Michael Habermann hat die Bundesministerin für Familie und Senioren in einem Offenen Brief aufgefordert, den Empfänger von Sozialhilfe Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Sehr verehrte Frau Ministerin Rönsch, liebe Kollegin!

Die Diskussion um die Beschäftigung von SozialhilfeempfängerInnen ist in vollem Gange. Die Frage, ob es gerechtfertigt ist, zumutbare Arbeit SozialhilfeempfängerInnen anbieten zu sollen oder bei Weigerung dieser Arbeitsaufnahme die Sozialhilfe zu kürzen, beschäftigt nicht nur die PolitikerInnen.

In dieser Diskussion über den gesellschaftspolitischen Umgang mit der zunehmenden Armut innerhalb unserer Bevölkerung wird bedauerlicherweise nicht auf sachgerechte und objektiv belegte Erkenntnisse zurückgegriffen. Sie selbst haben Ende vergangenen Jahres mit der Veröffentlichung des Gutachtens zur Einhaltung des Lohnabstandsgebotes in der Sozialhilfe ein wichtiges Ergebnis objektiver Datenermittlung über das Verhältnis von Einkommen zu Sozialhilfeleistungen der Öffentlichkeit vorgelegt. Sie selbst haben daraufhin betont, daß der Lohnabstand in der Regel gewahrt bleibt. Die Bundesregierung kommt in ihrem Bericht zum Gutachten zu gleichen Ergebnissen.

Die in der jetzigen Diskussion verwandeten Argumente lassen auf mangelnde Information der Befürworter einer solchen Regelung schließen. Sie, verehrte Frau Rönsch, sollten dies als zuständige Fachministerin nicht zulassen!

Ich bitte Sie, sich in diesem Zusammenhang umgehend in der Öffentlichkeit, aber auch bei Ihren KollegenInnen im Bundeskabinett, mit Informationen über den ausreichenden Lohnabstand zwischen Sozialhilfe und unteren Lohngruppen in die Diskussion einzumischen. Verwenden Sie Ihre Autorität dafür, daß allen Beteiligten klar und verständlich wird, daß

- die hohe Lohnsteuerquote Erwerbseinkommen so schmälert, daß das Nettoeinkommen - insbesondere bei Mehrkinderfamilien - bedrohlich nahe an die Sozialhilfe reicht;
- nur eine verfassungsgemäße Freistellung eines realistischen Existenzminimums von Familien und Kindern ein Einkommen beläßt, das die Chance hat, über der Sozialhilfegrenze zu bleiben;

- nur die Erhöhung der direkten Transferleistungen insbesondere an untere Einkommensgrenzen die Wirkung hat, das verfügbare Haushaltseinkommen aufzubessern, daß nicht die Gefahr besteht, wegen unzureichenden Netto-Erwerbseinkommen auf Sozialhilfe angewiesen zu sein;
- die Sozialhilfeempfängerinnen in der Regel nicht freiwillig von Sozialhilfe leben und lieber auf Sozialhilfe verzichten würden, wenn ihnen stattdessen eine andere Einkommensquelle zur Verfügung stehen würde;
- es keine wissenschaftlichen Belege dafür gibt, daß der Anteil des mißbräuchlichen Leistungsbezugs der Sozialhilfe höher ist, als in anderen sozialen Sicherungssystemen und er über die Einnahmeausfälle des Staates aufgrund von Steuervermeidung hinausgeht;
- es bereits eine gesetzliche Grundlage gibt, nach der die Kommunen Sozialhilfeempfängerinnen gemeinnützige und zusätzliche Arbeiten anbieten können;
- die kommunalen Spitzenverbände einer weiteren Verschärfung dieser Regelung ablehnend gegenüberstehen;
- den Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel fehlen, um Investitionen in Arbeitsplätze vorzunehmen, um diese dann zusätzlich notwendigen Arbeitsplätze überhaupt schaffen zu können;
- den Kommunen durch eine Politik des sozialen Verschiebebahnhofs (jedes 9. Kind muß von der Sozialhilfe leben, Absicht der Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre) notwendige Handlungsspielräume zunehmend genommen werden.

Sehr verehrte Frau Ministerin, setzen Sie sich bitte öffentlich dafür ein, daß der Umbau des Sozialstaates nicht zu Lasten der sozial Schwächsten geht. Lassen Sie Ihre Stimme hören, wenn es darum geht, daß bei den von der Bundesregierung geplanten Kürzungen die soziale Symmetrie beachtet wird. Stellen Sie sich in diesen Tagen schützend vor die Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen Notlage von Sozialhilfe leben müssen.

Wahren Sie deren Interessen. Wehren Sie unberechtigte Forderungen ab! Setzen Sie sich öffentlich gegen die Verschärfung der bestehenden gesetzlichen Regelung ein! Machen Sie deutlich, daß viele Alleinerziehende, ältere und kranke Menschen überhaupt nicht auf Arbeit verwiesen werden können! Zeigen Sie der Öffentlichkeit die Ursachen auf, warum junge, arbeitsfähige MitbürgerInnen in die Sozialhilfe gedrängt wurden, welche Zusammenhänge zwischen der Situation am Lehrstellenmarkt sowie auf dem Arbeitsmarkt bestehen, wenn dann die Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherung diese Gruppe auffangen muß! Legen Sie die Fakten offen, welche Ausgaben nötig sind, um eine solche Regelung zu praktizieren und mit welchen Einsparungen zu rechnen ist. Stellen Sie die betroffenen Menschen in den Mittelpunkt Ihrer Überlegungen, quantifizieren Sie die Größe der betroffenen Gruppe und ihre Zusammensetzung.

Ich habe wie viele Bürger und Bürgerinnen Ihre Stimme in dieser Diskussion vermißt. Sie haben mit Ihren MitarbeiterInnen Ihres Hauses die Kompetenz und die Möglichkeiten, sich wirksam für diese Menschen einzusetzen. Ich bitte Sie herzlich: Tun Sie es laut und deutlich. Noch haben Sie dazu Gelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Michael Habermann

(-/29. August 1994/rs/ks)
